Zu begrüßen ist die Art der Bearbeitung des Registers. Es werden nach den Namen der Verfasser bzw. der Sachtitel nicht nur die Nummern angegeben, unter denen sie zu finden sind, sondern auch noch Kurztitel angeführt. Dies ist eine Hilfe für den Benutzer.

Karlsruhe Johanna Stiller

Neue Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte. 1. Hrsg. in Zusammenarbeit mit der Preußischen Historischen Kommission von Friedrich Benninghoven und Cécile Lowenthal-Hensel. (Veröff. aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 14.) Böhlau Verlag. Köln, Wien 1979. VII, 369 S., 12 Abb. a. Taf. i. Anh.

Die Preußische Historische Kommission, die im Jahre 1977 in Berlin gegründet wurde, hat sich die Aufgabe gestellt, die vielfältigen wissenschaftlichen Aktivitäten auf dem Gebiet der preußischen Geschichte zu koordinieren und dadurch „das Gewicht der Preußenforschung" stärker zur Geltung zu bringen. Eine Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles war die Schaffung einer Publikationsmöglichkeit. Die Koordinierung der Forschung soll durch die „Neuen Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte" erreicht werden, die in ihrer Bezeichnung offensichtlich an die „Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte" anknüpfen, die zwischen 1888 und 1944 in 55 Bänden erschienen sind. Jedoch ist offenbar nicht an die Herausgabe einer neuen Zeitschrift, sondern einer Reihe gedacht. Die „Neuen Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte" werden wohl in unregelmäßigen Abständen nach Bedarf erscheinen.

Der erste Band bietet eine bunte Fülle von zumeist kurzen Abhandlungen über recht unterschiedliche Themen. Hervorzuheben ist nach Meinung des Rezensenten besonders der Aufsatz von Richard Dietrich: „Die Anfänge des preußischen Staatsgedankens in den politischen Testamenten der Hohenzollern" (S. 1—60). Die neue Schriftenreihe konnte gewiß kaum besser eröffnet werden als mit dieser sorgsamen, an den Texten selbst orientierten Untersuchung zu einem der zentralen Themen der Preußenforschung.

Für den Berichtsbereich der „Zeitschrift für Ostforschung" sind nicht alle Beiträge von unmittelbarem Interesse. Einschlägig ist der Aufsatz von Hans Koeppen: „Die Berichte der Generalprokuratoren des Deutschen Ordens an der Kurie — Geschichte und gegenwärtiger Stand der Edition" (S. 61—66). Der inzwischen leider verstorbene Archivdirektor berichtet in seinem kurzen Beitrag über die bisherige Auswertung dieser höchst bedeutsamen Quellengattung und über die Probleme des großangelegten Editionsvorhabens, von dem bisher die Bände I—IV vorliegen. Zu nennen ist ferner der Überblick über die Geschichte der Geschichts- und Altertumsvereine in Ost- und Westpreußen von Kurt Forstreuter („Die Entstehung von Geschichtsvereinen in Altpreußen", S. 239—258).

Im übrigen dominiert, abgesehen von den beiden Aufsätzen von Hans Branig: „Wesen und Geist der höheren Verwaltungsbeamten in Preußen in der Zeit des Vormärz" (S. 161—172), und Werner Petermann: „Die Mitglieder des Preußischen Oberverwaltungsgerichts 1875—1942" (S. 173—238), die Kulturgeschichte. Den Band beschließen ein Forschungsbericht von Walther Hubatsch: „Akzente der Preußenforschung heute. Ein Überblick über Ziel-

setzungen wissenschaftlicher Beschäftigung mit dem historischen Staat Preußen während der letzten anderthalb Jahrzehnte" (S. 295—314), eine Blücher-Bibliographie, zusammengestellt von Peter P. Günther (S. 315—354), und Nachrufe auf Gerhard Oestreich von Peter Baumgart (S. 355—360), Friedrich Zipfel von Richard Dietrich (S. 361—364) und Hans Koeppen von Friedrich Benninghoven (S. 365—369).

Marburg a. d. Lahn Hans K. Schulze

Herbert Hömig: Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik. (Veröff. der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 28.) Matthias-Grünewald-Verlag. Mainz 1979. XLVIII, 336 S.

Die vorliegende Publikation, die die überarbeitete Fassung einer im Wintersemester 1975/76 von der Philosophischen Fakultät der Universität Köln angenommenen Habilitationsschrift darstellt, hat sich zur Aufgabe gemacht, „die Politik des Zentrums als tragende Kraft des demokratischen Systems in Preußen vor dem Hintergrund seiner ideologischen Voraussetzungen ... und den realen Möglichkeiten zur politischen Vertretung der konkreten Anliegen des katholischen Volksteils zu untersuchen" (S. 10). Dabei werden erfreulich klar die entscheidenden innerparteilichen Argumente herausgearbeitet, die die preußische Zentrumspartei unter Führung des Schlesiers Felix Porsch und des Rheinländers Joseph Heß bewogen haben, die Koalition mit der SPD im Landtag relativ lange Jahre aufrechtzuerhalten. Es sind dies in erster Linie die kulturpolitischen Erfolge, besonders die Sicherung der Konfessionsschule und der katholischen Lehrerbildung, die Pfarrerbesoldungsgesetze und das Konkordat von 1929, aber auch die Zugeständnisse der SPD gegenüber den schon im Kaiserreich erhobenen, damals jedoch nicht erfüllten Paritätsforderungen der Katholiken vornehmlich in den Bereichen Verwaltung und Schule.

Herbert Hömig verschweigt nicht die Kritik, die an der Zentrumspartei wegen ihres „Bündnisses mit dem Sozialismus und damit auch mit den Vertretern einer gegen Kirche und Christentum gerichteten Weltanschauung" (S. 290) geübt worden ist. Lobenswerterweise betrachtet er die Politik des Zentrums im preußischen Landtag nicht isoliert, sondern stellt sie in den Zusammenhang mit der gesamten deutschen Innenpolitik. Der Vf. hat seine Aufgabe unter Auswertung zahlreicher Archivalien und einer sehr umfangreichen Literatur vortrefflich erfüllt. Er konnte auch einige private Nachlässe einsehen und zahlreiche Zeitgenossen befragen.

Es mag dem Rezensenten nicht als „Regionalpatriotismus" ausgelegt werden, wenn er jedoch zu der Feststellung gelangt, daß in dieser gewiß sehr gelungenen Arbeit die auf die ehemaligen preußischen Ostprovinzen bezogenen Themen und die von dort kommenden Politiker verhältnismäßig knapp behandelt werden. Das mag freilich schon in der Quellenlage begründet sein. So hat der Vf. z. B. die Berliner „Germania" und das Organ der rheinischen Zentrumspartei, die „Kölnische Volkszeitung", auswerten können, nicht aber die wohl nur noch im Breslauer Diözesanarchiv vorhandene „Schlesische Volkszeitung", das Sprachrohr des ostdeutschen Katholizismus. In dem Kapitel „Loslösungs- und Neugliederungsbestrebungen" (S. 65—74) ist fast nur von westdeutschen Gebieten die Rede, dagegen erscheint Oberschlesien, um das es doch einen regel-